



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

IX/108 - 12.5.54 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Diskussion um den sozialen Fortschritt	S. 1
Malenkows zweite Regierung	S. 3
Katholische Aktivität in Niedersachsen	S. 5
Neue Sicht auf Moskau ?	S. 6

Sozialpolitik in der Marktwirtschaft

R.D. Wer ein solches Thema in der Öffentlichkeit aufgreift, in der Absicht, die Notwendigkeit marktwirtschaftlicher Ordnung auch im sozialpolitischen Bereich zu begründen, muß von vornherein damit rechnen, mit den Praktiken der "sozialen Marktwirtschaft" Erhard'scher Prägung konfrontiert zu werden. So käme man in die tagespolitische, statt in die wissenschaftliche Diskussion. Um dieser Gefahr zu entgehen, distanzierte Prof. Dr. Sitzler auf der Tagung der "Gesellschaft für sozialen Fortschritt" in Frankfurt das gestellte Thema: "Sozialpolitik in der Marktwirtschaft" von der Erhard'schen Wirtschaftspolitik, deren schmückendes Beiwort "sozial" weder wissenschaftlich fundiert, noch in der Praxis berechtigt sei.

Und doch ist Prof. Böhm als Referent in der wissenschaftlichen Behandlung des Themas nicht über die Praxis hinausgekommen. Denn diese hat gegenüber der Theorie den Vorteil, daß sie immerhin, wenn auch oft negativ beurteilte Ergebnisse zeigt, daß sie effektiv Sozialpolitik betreibt. Die Behauptung Böhms, die beste Sozialpolitik sei eine gute Wirtschaftspolitik, kann von jedem Wirtschaftspolitiker - selbst von Erhard, der sie sogar im politischen Tageskampf zur Verteidigung seiner Wirtschaftspolitik verwendet - bedenkenlos übernommen werden. Wichtig ist nur das Ergebnis. Und an einem solchen mangelt es in der wissenschaftlichen Diskussion gegenwärtig allzu sehr.

Seit rund 70 Jahren wird in Deutschland praktische Sozialpolitik betrieben. Sie war das notwendige Korrektiv gegenüber den völlig unsozialen Ergebnissen einer liberalistischen Marktwirtschaft, in der die Freiheit der marktwirtschaftlichen Beziehungen durch Startvorteile gewisser Gesellschaftsgruppen zur völligen Verelendung und Deklassierung ganzer Volksteile führte, so daß sich letztlich sogar dieser liberalistische Staat zu gesetzlichen Maßnahmen gezwungen sah, mit denen er die Marktfreiheit der Wirtschaftenden einschränkte. Jede solcher sozial-

politischen Maßnahmen war seither ein dirigistischer Eingriff in die individuelle Freiheit und persönliche Freizügigkeit der Marktpartner: Die gesetzliche Kranken-, Invaliden-, Angestelltenversicherung, die die freie Verfügung der unselbständig Beschäftigten über ihr Einkommen beschränkte und ihnen in Zeiten der Bedürftigkeit eine größere Unabhängigkeit gegenüber den Nachfragern nach Arbeitskraft auf dem Markt gewährte, und damit zugleich in die Freizügigkeit der Unternehmer eingriff. In gleicher Richtung lagen die Gesetze für Jugend- und Mutterschutz, das Arbeitszeitgesetz, Tarifvertragsrecht usw.

Wenn heute Prof. Böhm und seine liberalen Freunde den Marktautomatismen (Nachfrage und Angebot - Preis- und Investitionsautomatismus usw.) das Wort reden, so verkennen sie sicher nicht die sozialen Wirkungen von Zoll- und Steuergesetzen, von vielen wirtschaftspolitischen Maßnahmen einer Regierung, die versucht, den Wirtschaftsapparat in Gang zu halten und verkennen auch nicht die Wirkung sozialer und wirtschaftlicher Organisationen (Gewerkschaften, Unternehmervverbände, Kammern und Kartelle), die alle das Bestreben haben, zugunsten der von ihnen vertretenen Gruppen die Marktfreiheit aller anderen zu beschränken. Die Freiheit der Marktautomatismen in dieser Konstruktion unserer Gesellschaft kann letztlich auch nur durch einen dirigistischen Eingriff des Gesetzgebers garantiert werden, durch ein Dekret also, das die Marktfreiheit gewisser Gruppen zugunsten der Mehrheit der Marktpartner beschränkt. Und hier heißt sich die Katze in den Schwanz.

Das soziale Problem unserer Gesellschaft begann mit der Aufhebung der Selbstverantwortlichkeit und der Zerstörung der Möglichkeit der Selbstvorsorge des Individuums, durch seine Trennung von den Gütern der materiellen Produktion seiner Lebensumstände; begann mit der Besitzlosigkeit an Produktionsmitteln. Man kann nur dann der sozialen Verantwortung der Gesellschaft entsagen und sich auf ein rein wirtschaftspolitisches Korrektiv beschränken, wenn man allen gesellschaftlichen Gliedern die gleiche Chance der materiellen Produktion ihrer Lebensumstände gibt. Das ist in unserer hochorganisierten, arbeitsteiligen Gesellschaft sicher nicht mit liberalen Vorstellungen und Methoden zu schaffen, wenn diesen nicht eine Um- und Neuverteilung der Produktionsgüter vorangeht, wenn nicht allen individuellen Produktionsfaktoren die gleichen Rechte am Produktionsinstrument und der gleiche Anteil am Ergebnis der Produktion zustehen. Von hier aus stellt sich für die Liberalen wie für die Sozialisten das gleiche Problem einer nur auf das Wirtschaften bezogenen Sozialpolitik. Nur so hat die Marktwirtschaft als Wettbewerbs- und Konkurrenzwirtschaft durch die Startgleichheit aller Wirtschaftspartner einen sozialen Sinn.

Marktwirtschaft ohne den gleichen Start aller wird sein und bleiben was Erhard praktizierte: ein unsoziales Wirtschaftssystem mit dem unberechtigten Beiwort "sozial". Es genügt jedoch nicht, sich davon zu distanzieren. Eine Gesellschaft für sozialen Fortschritt hätte die Aufgabe, mit neuen Vorschlägen in die Praxis zu gehen.

+ + +

Das Kabinett der 45 Minister

Von Bruno Kalnins, Stookholm

Der neugewählte Oberste Rat der Sowjetunion bestätigte auf seiner letzten Tagung, natürlich einstimmig, die von Georgi Malenkow vorgelegte Liste der Regierungsmitglieder. Malenkows zweite Regierung ist das Ergebnis einer weitgehenden Reorganisierung.

Seine erste Regierung, die nach Stalins Tod im März 1953 gebildet wurde, war auf 32 Regierungsmitglieder reduziert. Davon waren ein Ministerpräsident, 5 Vizeministerpräsidenten und 27 Minister. Heute besteht der Ministerrat schon aus 55 Mitgliedern. Die Zahl der Vizeministerpräsidenten ist auf 9 gestiegen und die der Minister auf 45 erhöht worden. Eine Reihe von Ministerien, die nach Stalins Tod zusammengefaßt wurden, sind wieder geteilt und dadurch hat man 13 neue Ministerien gebildet. Durch diese Reorganisation ist eine bedeutende Annäherung an die stalinschen Verhältnisse eingetreten. Stalins letzte Regierung bestand aus 73 Mitgliedern, davon waren 13 Vizeministerpräsidenten und 59 Minister. Die Konzentrierung der Regierungsgewalt auf eine kleinere Zahl von Regierungsmitgliedern, die nach Stalins Tod verkündet wurde, ist also nach einem Jahr fallen gelassen. Anscheinend haben die neuen Herrscher im Kreml diese Konzentrierung der Regierungsgewalt nach Berijas Liquidierung nicht mehr für notwendig gehalten. Die Lage hat sich normalisiert, die kollektive Diktaturleitung hat sich vorläufig stabilisiert und Moskau kehrt wieder zurück zu einem bürokratisch aufgeblähten Ministerrat.

Die gleiche Tendenz kam auch in der Teilung des Innenministeriums zum Ausdruck. Vor einem Jahr wurde die MVD (Innenministerium) und MGB (Staatssicherheitsministerium) vereinigt und ein gemeinsames MVD unter der Leitung von L. Berija geschaffen. Nach seiner Verhaftung übernahm Generaloberst S. Kruglow die Leitung des vereinigten Ministeriums. Nunmehr hat man wieder die zwei Funktionen des MVD geteilt. Kruglow bleibt MVD-Minister, aber er behält die Ordnungs- und Verkehrspolizei (Miliz), und anscheinend auch die Leitung über die etwa 800000 starken MVD-Truppen, sowie über die mehr als 100 Konzentrationslager mit ihren etwa 10 Millionen Gefangenen. Dagegen werden die Staatssicherheitsfunktionen einem besonderen "Komitee für Staatssicherheit" beim Ministerrat (KGB) übergeben. Die Geheimpolizei hat wieder einmal einen neuen Namen erhalten. Zu den früheren (Tscheka, GPU, NKVD, MGB, MVD) ist nun der neue Name KGB hinzugekommen. Inhaltlich hat sich aber nichts

geändert. Mit der Teilung des Polizeiministeriums haben die Nachfolger Stalins auch hier die stalinschen Verhältnisse wiederhergestellt, als es zwei Polizeiministerien gab. Man hielt es zu gefährlich; die gesamte Polizeimacht in den Händen einer Person zu belassen. Auch sonst ist die politische Macht der beiden Polizeileitungen begrenzt worden, denn weder Kruglow, noch der neue Chef des KGB, Generaloberst Ivan Serow, sind zu Vizeministerpräsidenten ernannt worden, wie es Berija war.

Wer ist nun der neue Chef der sowjetrussischen Geheimpolizei? Ivan Serow ist schon 15 Jahre Vizeminister des MVD gewesen. Er leitete die erste große Massendeportation der Balten, als am 14. Juni 1941 43000 Letten, Esten und Litauer nach Sibirien verschleppt wurden, darunter auch viele Funktionäre der baltischen Arbeiterbewegung. Nach Kriegsende war er Stellvertreter des Marschalls G. Schukow in der SMA in Karlshorst. Er hat von dort aus den Aufbau der Geheimpolizei in der Ostzone geleitet. 1952 erhielt Serow den Lenin-Orden für Verdienste beim Bau des Wolga-Don-Kanals, wohin er zehntausende von Gefangenen aus den Zwangsarbeitslagern zur Arbeit schickte. Ivan Serow ist also ein alter Tschekest, der den bisherigen Polizeiterror in Rußland weiterführen wird.

Von den sonst trostlos langweiligen Tagungen des neuen Obersten Rates müssen nur noch zwei politisch wichtige Tatsachen hervorgehoben werden. Die leitenden Reden wurden diesmal von Malenkow und dem Parteisekretär N. Chruschtschow gehalten. Das ganze Auftreten dieses Mannes zeigte, daß seine politische Bedeutung durch die Übernahme des Parteiapparates noch gestiegen ist. Ferner wurde zum ersten Male seit dem Bestehen des Obersten Rates (1937-1954) ein Nichtrusse zum Vorsitzenden des Rates der Nationalitäten gewählt. Es ist der Ministerpräsident Lettlands, V. Lazis, ein ehemaliger bürgerlicher Schriftsteller, der erst 1940 zu den Kommunisten überging. Obgleich der Posten des Vorsitzenden des Obersten Rates nur eine dekorative Bedeutung hat, muß man immerhin die Wahl eines lettischen Kommunisten in dieses hohe Repräsentationsamt als ein Zeichen für die taktischen Versuche der malenkowschen Parteileitung bewerten, die nichtrussischen Völker zu beschwichtigen.

"Festungen Gottes" im norddeutschen Raum

Aus Niedersachsen wird uns geschrieben:

- Auf welchem Hintergrund sich der Schulstreit in Niedersachsen abspielt, - zu dem bereits eine Intervention des päpstlichen Nuntius in Bonn, mehrere Hirtenbriefe der Bischöfe von Paderborn, Münster, Hildesheim und Osnabrück sowie ein längerer Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und Ministerpräsident Kopf vorliegen, zeigen in besonderer Deutlichkeit einige erst jetzt bekanntgewordene Flugblätter und Publikationen der katholischen Kirche in Holland.

In der katholischen Kirchenzeitung "Ostpriesterhulp" (Ostpriesterhilfe) vom 19.12.53 und vom 23.1.54 wird in zwei langen Artikeln zu der Lage der katholischen Vertriebenen in Niedersachsen und der daraus zu ziehenden Konsequenz für die römisch-katholische Kirche Stellung genommen.

Da heißt es - wörtlich übersetzt - :

"Wer hätte gedacht, daß die Besetzung der Satellitenstaaten und Ostdeutschlands durch die Russen einen langgehegten Wunsch der Kirche erfüllen würde?" - "Gott hat zweifelsohne seine Absichten gehabt, als ER inmitten des deutschen Protestantismus, in eine Gegend, die praktisch keine Katholiken kannte, Tausende und Tausende von Katholiken sandte", - "Nun landen sie plötzlich in einem Gebiet, das seit der Reformation als verlorenes Gebiet von der Kirche abgeschrieben war.... inmitten einer gleichgültigen oft feindlichen Bevölkerung", - "Augenblicklich sind sie noch mehr oder weniger verlassen, aber wenn sie mehr und besser versorgt werden, werden sie sein wie der Sauerteig, der überall wirkt, und der die Kirche zurückbringen wird in Gegenden, die seit Jahrhunderten der Kirche verschlossen waren".

Daraus wird gefolgert:

"Welch eine Chance bekommt unsere Kirche, sich von jetzt an auch in der Diaspora einen festen Platz zu erobern".

Und nun wird der Plan Werenfried van Straatens, an dem Eisernen Vorhang entlang einen Gürtel von "Festungen Gottes" zu bauen, in seinem eigentlichen Sinn erörtert.

"Nach vielem Überlegen kam man zu dieser Lösung: einen Stützpunkt zu gründen und von dort aus mit Hilfe verschiedener Pater katholische Aktivität auszustrahlen. Die Stützpunkte, von denen das in diesen Tagen eingeweihte Kapuziner-Kloster in Bebra der Anfang ist, müssen in erster Linie gelten als Kernpunkte katholischer Vitalität. Die Diaspora soll von dem Sauerteig

des Katholizismus durchdrungen werden, aber auch unwiderruflich und unbesiegbar".

Schließlich wird zur Sammlungsaktion aufgerufen:

"Die Meinung wird jetzt deutlich sein. Die Niederlande fordern, ja fordern ihren Anteil für diese grandiose Apostolatsarbeit".

Offener konnte wohl kaum ausgesprochen werden, was hinter der Errichtung der "Festungen Gottes" im norddeutschen Raum zu sehen ist. Sie werden im offiziellen Sprachgebrauch als Horten des Antibolschewismus ausgegeben und sind tatsächlich Zeichen der Gegenreformation.

Sicherlich werden sich die katholischen Vertriebenen in Norddeutschland wundern, daß sie von ihrer Kirche in erster Linie als die Möglichkeit gesehen und geschätzt werden, die katholische Missionierungsarbeit in diesem Raum wiederaufnehmen zu können. Vielleicht werden aber jetzt auch einige protestantische Kräfte in der CDU und DP merken, was auch hinter den Schulreformwünschen der Bischöfe steht, nämlich ein großangelegter Plan zur Rekatholisierung Norddeutschlands. Man droht mit Moskau (- der Schulgesetzentwurf der Landesregierung wurde als kulturbolschewistisch diffamiert -), um dadurch die eigenen Machtpositionen auszubauen.

+ + +

Die Wiederentdeckung der Sowjetunion

(sp) Seit dem Zusammenbruch des Hitlerreiches war das Gesicht der deutschen Aussenpolitik zunächst wie gebannt nach dem Westen gerichtet. Das war durchaus berechtigt: Von hier allein war, soweit das Ausland in Frage kam, Hilfe zu erwarten, während das Verhältnis zur östlichen Macht sehr einseitig in der Ausbeutung des von ihr besetzten Teiles Deutschlands bestand. Die Grundpositionen der deutschen Politik sind 1954 aber nicht mehr dieselben wie 1945, sowohl im Verhältnis zum Westen wie zur Sowjetunion. War 1945 die Niederhaltung Deutschlands das erklärte Ziel aller Sieger des zweiten Weltkrieges, so ist neun Jahre danach die Erkenntnis Allgemeingut geworden, dass für eine dauerhafte Befriedung Europas und der Welt die Mitwirkung Deutschlands unentbehrlich ist.

Andererseits beginnt man in Deutschland in wachsendem Masse zu begreifen, dass ein solches System des Friedens und der Sicherheit

nicht durch Frontbildungen der einen Machtgruppe gegen die andere erreicht werden kann, sondern nur durch eine Übereinkunft zwischen ihnen. Das hat dazu geführt, dass die Sowjetunion, bzw. der von ihr beherrschte Bereich, jetzt auch als Nachbar des deutschen Volkes und als nicht zu übersehende Grösse gewertet wird. Die Westalliierten waren und sind sich der machtvollen Stellung ihres Kriegsverbündeten zwar stets nur allzu schmerzlich bewusst, aber für weite Kreise in der Bundesrepublik war die Sowjetunion jahrelang nichts anderes als ein propagandistisches Angriffsobjekt. Es lässt sich nun aber einmal auf die Dauer nicht leugnen, dass die Sowjetunion als vierte Besatzungsmacht ein massgebliches Wort in Fragen der deutschen Wiedervereinigung mitzureden hat und man immer auf der Stelle treten wird, wenn man so tut, als gäbe es sie nicht.

So selbstverständlich solche Überlegungen auf den ersten Blick erscheinen mögen, so scheinen sie sich doch erst jetzt in weiteren Kreisen durchzusetzen. Sie bilden den psychologischen und politischen Hintergrund für eine neue Sicht, die sich im Hinblick auf das Verhältnis zur Sowjetunion entwickelt. Sie hat nichts zu tun mit einer etwa veränderten moralischen oder politischen Bewertung des bolschewistischen Systems, wohl aber mit einer vernünftigeren Einschätzung der politischen Wirklichkeit, soweit sie durch die Sowjetunion repräsentiert wird.

Alle praktischen Einzelfragen, die sich aus dieser neuen Betrachtungsweise ergeben, wie die mögliche Reise einer Reihe von Bundestagsabgeordneten nach Moskau oder die später denkbare Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion sind einmal Symptome des Unbehagens über die gegenwärtige Stagnation der westdeutschen Aussenpolitik. Sicher handelt es sich dabei um äusserst diffizile Überlegungen, die noch nicht ausgereift sind und bei deren Verwirklichung man sich vor jedem Übereifer hüten sollte. Wenn solche Überlegungen heute zunehmend das politische Denken vieler Deutschen beanspruchen, so hat das seinen Grund nicht zuletzt in der passiven Haltung der Westmächte, die heute in Fragen der deutschen Wiedervereinigung jene Initiative vermissen lassen, zu der sie sich selbst im Generalvertrag verpflichtet haben.